

Herausgeber
Österreichischer Integrationsfonds

Integrations barometer 2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

Integrations barometer 2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek

Mag. Alexandra Siegl, MSc

Integrations barometer 2017

Integrationsbefragung

Dr. Peter Hajek
Mag. Alexandra Siegl, MSc

März 2017

© Österreichischer Integrationsfonds

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF)/Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, Tel.: +43(0)1/710 12 03-0, mail@integrationsfonds.at; **Verlags- und Herstellungsort:** Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; **Lektorat:** Mag. Michaela Kapusta – Lettera Lektorat; **Layout:** Marion Dörner Grafik Design; **Druck:** TriSys DI Hans A. Gruber KG, Gumpendorfer Straße 5, 1060 Wien; **grundlegende Richtung:** wissenschaftliche Publikation zu den Themen Migration und Integration; **Offenlegung gem. § 25 MedienG:** Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impresum abgerufen werden.

Haftungsausschluss: Die Inhalte dieses Mediums wurden mit größtmöglicher Sorgfalt recherchiert und erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte wird keine Haftung übernommen.

Weder der Österreichische Integrationsfonds noch andere, an der Erstellung dieses Mediums Beteiligte, haften für Schäden jedweder Art, die durch die Nutzung, Anwendung und Weitergabe der dargebotenen Inhalte entstehen. Sofern dieses Medium Verweise auf andere Medien Dritter enthält, auf die der Österreichische Integrationsfonds keinen Einfluss ausübt, ist eine Haftung für die Inhalte dieser Medien ausgeschlossen. Für die Richtigkeit der Informationen in Medien Dritter ist der jeweilige Medieninhaber verantwortlich.

Die Beiträge dieser Publikation geben die Meinungen und Ansichten der Autoren wieder und stehen nicht für inhaltliche insbesondere politische Positionen der Herausgeber oder des Österreichischen Integrationsfonds und des Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Urheberrecht: Alle in diesem Medium veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Urhebers ist jede technisch mögliche oder erst in Hinkunft möglich werdende Art der Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Verwertung untersagt, sei es entgeltlich oder unentgeltlich.

Inhaltsverzeichnis

- 6** Vorwort
- 8** Kernergebnisse
- 10** Hintergrund der Studie und Methodik
- 11** Ergebnisse im Detail
 - 11** Bewertung des Zusammenlebens
 - 14** Entwicklung der Flüchtlingssituation in den letzten Monaten
 - 15** Bewertung der Obergrenze für Flüchtlinge
 - 15** Zukunft der Grenzkontrollen
 - 16** Bewertung der Kürzung der Mindestsicherung in Oberösterreich
 - 17** Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration
 - 25** Mitteleinsatz für Integrationsmaßnahmen

Vorwort



Franz Wolf

Geschäftsführer des ÖIF

Für das vorliegende Integrationsbarometer wurden im Juni sowie Dezember 2016 jeweils 1.000 österreichische Staatsbürger/innen mittels Telefoninterviews und Online-Befragungen zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt, um Wahrnehmungen zu Herausforderungen und Lösungsansätzen zu erheben.

Das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen wird von rund der Hälfte der Befragten negativ beurteilt. Im Vergleich zum letzten Integrationsbarometer zeigt sich eine weitere leichte Verschlechterung dieses Werts. Deutlich skeptischer wird das Zusammenleben zwischen Muslim/

innen und Nicht-Muslim/innen bewertet, welches über 60 Prozent der Befragten als negativ wahrnehmen. Gegenüber dem November 2015 hat sich dieser Wert um 10 Prozent verschlechtert. Acht von zehn Befragten sprechen sich für ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum und strengere Kontrollen aus, um Radikalisierungstendenzen entgegenzuwirken.

Wie kann das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Österreich besser gelingen? Es lassen sich jedenfalls drei Grundvoraussetzungen identifizieren: Menschen, die nach Österreich kommen, um hier ihr Leben zu gestalten, müssen

möglichst rasch und gut Deutsch lernen, den Einstieg in die Erwerbsarbeit schaffen, um auch selbsterhaltungsfähig zu werden, und Grundwerte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau respektieren und leben.

Das zeigt auch die Wahrnehmung der Bevölkerung, wie sie sich in den Ergebnissen des aktuellen Integrationsbarometers widerspiegelt: Vier Bereiche werden darin genannt, die nach Meinung der Befragten am ehesten Investitionen für Integrationsmaßnahmen rechtfertigen: Deutschkurse, die als absolute Priorität angesehen werden, Investitionen in Bildung und die Integration in den Arbeits-

markt sowie die Vermittlung der österreichischen Gesetze und Grundordnungen des Zusammenlebens. Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge leisten aus Sicht einer Mehrheit der Befragten auch einen großen Beitrag zu deren Integration.

In den vergangenen beiden Jahren wurden in Österreich umfangreiche und qualitativ hochwertige Integrationsangebote geschaffen. Entscheidend für die erfolgreiche Integration ist auch, wie diese Angebote angenommen und eigenverantwortlich erfolgreich absolviert werden.

1

Kernergebnisse

- Die Bewertung des Zusammenlebens zwischen Zuwander/innen und autochthonen Österreicher/innen wird im Dezember im Vergleich zu vorangegangenen Befragungswellen etwas kritischer gesehen. Diese Ergebnisse führen den leicht negativen Trend der letzten Befragungswellen fort. Hintergründe dessen könnten einerseits die Vorkommnisse innerhalb der letzten Monate, andererseits die andauernde mediale Diskussion über das Thema sein. Innerhalb der Bevölkerung liegt die Bruchlinie in erster Linie im Faktor Bildung. Niedrigere Bildungsschichten betrachten das Thema Zuwanderung deutlich kritischer, während höher Gebildete den Themenkomplex weniger negativ sehen. Am kritischsten wird zudem das Zusammenleben zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen bewertet, am zweit-schlechtesten jenes zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen und am besten jenes zwischen Österreicher/innen und „Zuwander/innen“ (ohne weitere Konkretisierung). Das zeigt die kulturelle Dimension des Themas.
- Die Flüchtlingssituation hat sich in Österreich nach Ansicht von 41% der Bevölkerung in den letzten Monaten entspannt, weitere 36% finden, dass sie im Großen und Ganzen gleichgeblieben ist. Lediglich jede/r Fünfte sieht eine Verschärfung der Lage. Hier zeigt sich die Wirkung von Maßnahmen zur Reduktion der Migrationsbewegungen nach Österreich wie die Schließung der Balkan-Route.
- Die für 2016 beschlossene Maximalzahl von 37.500 Flüchtlingen in Österreich finden 46% der Bevölkerung immer noch zu hoch. Immerhin 30% finden die Anzahl gerade richtig, eine Minderheit von 11% findet, Österreich sollte mehr Flüchtlinge aufnehmen.
- Eine breite Mehrheit von 84% spricht sich für die Beibehaltung der Grenzkontrollen an Österreichs Grenzen aus, vor allem Frauen, über 50-Jährige, Menschen am Land und in Ostösterreich sowie niedrige Bildungsschichten.

- Die Kürzung der Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte von 914 auf 560 Euro in Oberösterreich hält eine Mehrheit von 72% der Österreicher/innen für richtig, 48% sogar für „sehr richtig“.
- Im Bereich Mindestsicherung spricht sich eine Mehrheit dafür aus, dass Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen, verpflichtend gemeinnützig in der Gemeinde arbeiten sollen, dass sie einer Residenzpflicht unterliegen sollen und – mit Abstrichen – dass sie grundsätzlich weniger Mindestsicherung als gebürtige Österreicher/innen erhalten sollen.
- Beim Islam sind 80% der Menschen für strengere Kontrollen in Moscheen, um möglichen Radikalisierungsentwicklungen entgegenzuwirken, ebenfalls 80% sprechen sich für ein Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum aus. Geteilter Meinung ist man, ob in Moscheen verpflichtend auf Deutsch gepredigt werden soll. Der Aussage, der Islam gehöre zu Österreich, stimmt eine Mehrheit von 76% nicht zu.
- Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft soll aus Sicht der Bevölkerung nicht erleichtert werden und auch Doppelstaatsbürgerschaften steht man sehr kritisch gegenüber.
- Und schließlich geben 53% der Befragten an, ihr persönliches Sicherheitsgefühl habe sich durch die ankommenden Flüchtlinge verschlechtert. Seit der letzten Befragungswelle im Juni 2016 ist dieser Anteil leicht angestiegen, damals gaben 47% an, ihr Sicherheitsgefühl habe sich verschlechtert.

2

Hintergrund der Studie und Methodik

Ziel des Integrationsbarometers ist es, Einstellungen und Stimmungsströmungen im Zusammenhang mit dem Thema Integration sowohl in der österreichischen Bevölkerung als auch unter Menschen mit Migrationshintergrund regelmäßig zu erheben. Peter Hajek Public Opinion Strategies führt dazu eine regelmäßige Befragung durch, um aktuelle Stimmungen und Meinungsverschiebungen regelmäßig und zeitgerecht erfassen zu können. Die vorliegende Publikation umfasst jene Befragungen, die im Juni und Dezember 2016 durchgeführt wurden.

In beiden Befragungswellen wurden 1.000 Österreicher/innen (österr. Staatsbürger/innen) ab 16 Jahren repräsentativ befragt. Die Befragung wurde teils in Form einer telefonischen Befragung und teils in Form einer Online-Befragung durchgeführt. Dieser Methodenmix hat sich als sehr gute Variante bewährt, um einerseits die Gruppe der jungen Menschen (online) als auch die höheren Altersschichten (telefonisch) gut zu erreichen. Die Feldarbeit fand zwischen 3. und 10. Juni bzw. zwischen 5. und 15. Dezember 2016 statt.

3

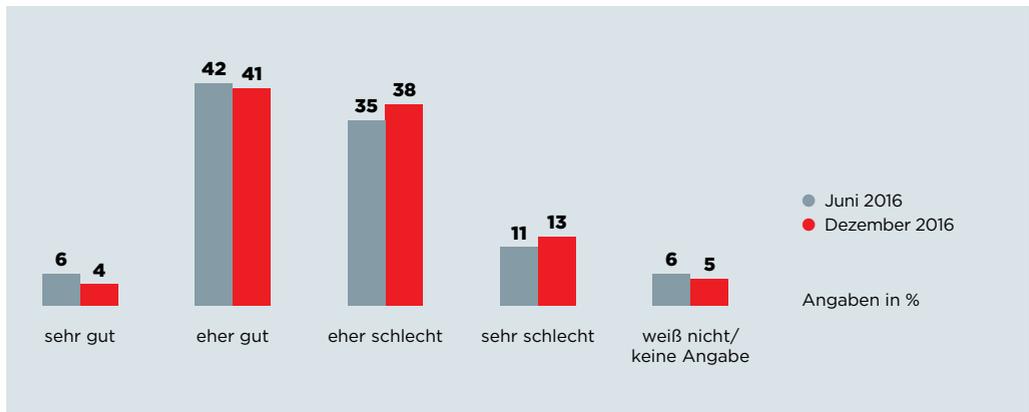
Ergebnisse im Detail

Bewertung des Zusammenlebens

Das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen bewertet die Bevölkerung etwa zur Hälfte positiv und zur Hälfte negativ. Kritischer äußern sich nied-

riger Gebildete (Menschen ohne Matura), junge und mittlere Altersgruppen und Menschen im städtischen Raum, also Menschen in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner/innen.

ABB. 1: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN

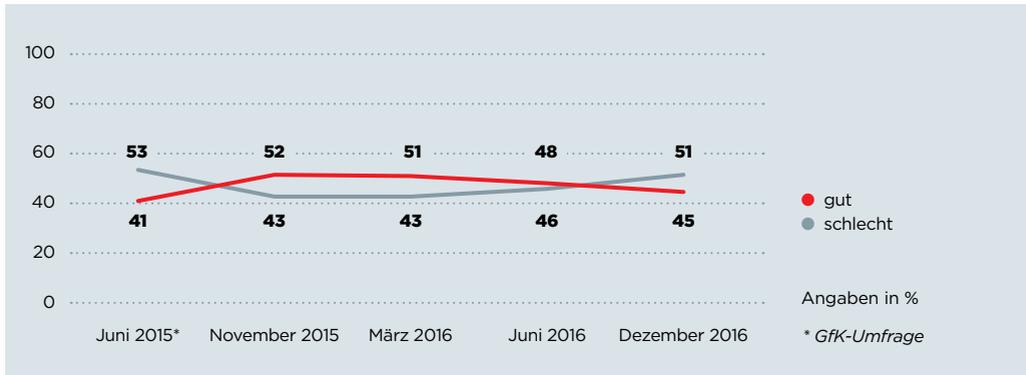


Rundungsdifferenzen möglich.

Im Vergleich zu den letzten Befragungswellen zeigt sich eine leichte Eintrübung

der Stimmung, die nun mit 51% schlechter Bewertung wieder knapp negativ ist.

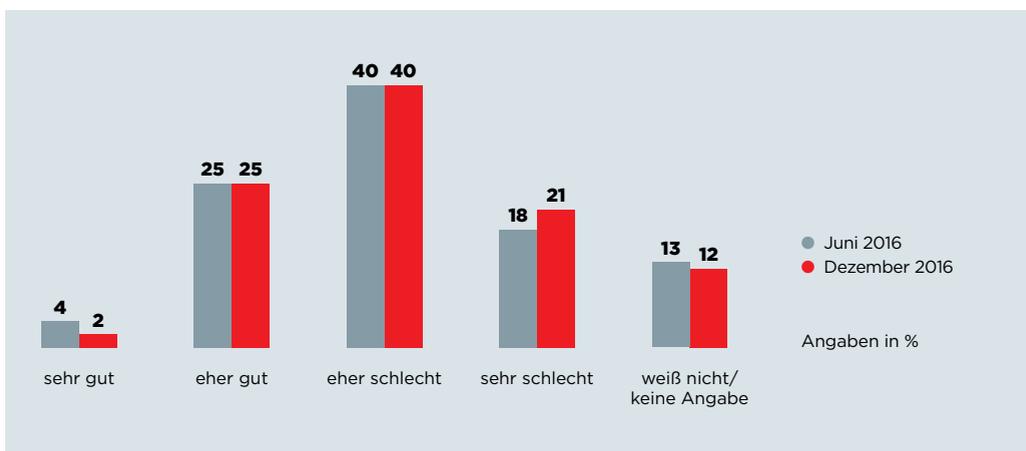
ABB. 2: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND ZUWANDER/INNEN



Diese Eintrübung zeigt sich auch im Zeitvergleich bei der Bewertung des Zusammenlebens zwischen Muslim/innen und Nicht-Muslim/innen in Österreich. Und auch hier sind

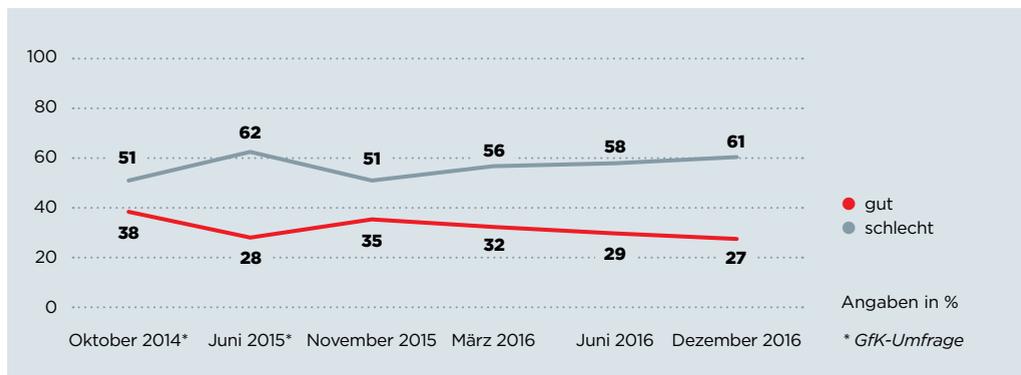
Menschen im urbanen Raum und niedrigere Bildungsschichten kritischer eingestellt. Die verschiedenen Altersgruppen sehen das Thema dahingegen relativ ähnlich.

ABB. 3: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH



Rundungsdifferenzen möglich.

ABB. 4: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN MUSLIM/INNEN UND NICHT-MUSLIM/INNEN IN ÖSTERREICH: ZEITVERLAUF

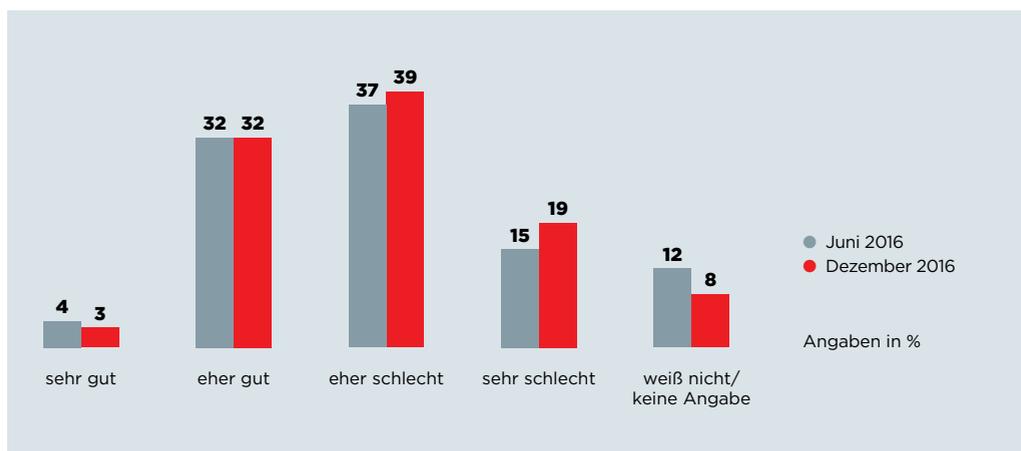


Und schließlich hat sich auch die Bewertung des Zusammenlebens zwischen Österreicher/innen und Flüchtlingen im Vergleich zur letzten Befragungswelle etwas verschlechtert. Die Verschiebung hat dabei vorwiegend aus dem Bereich „weiß nicht/

keine Angabe“ hin zu einer negativen Bewertung stattgefunden.

Negativer äußern sich auch in diesem Bereich Menschen im städtischen Raum, weniger Gebildete sowie unter 30-Jährige.

ABB. 5: BEWERTUNG DES ZUSAMMENLEBENS ZWISCHEN ÖSTERREICHER/INNEN UND FLÜCHTLINGEN



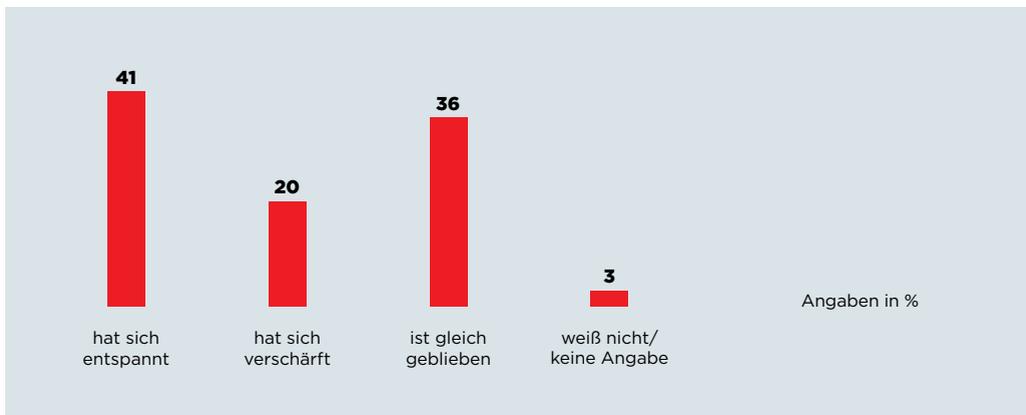
Rundungsdifferenzen möglich.

Entwicklung der Flüchtlingssituation in den letzten Monaten

Der Rückgang der Migrationsströme nach Österreich in den letzten Monaten schlägt auch auf die Stimmung in der Bevölkerung

durch. So sind 41% der Österreicher/innen der Meinung, die Flüchtlingssituation im Land habe sich in den letzten Monaten entspannt, weitere 36% finden, sie sei gleich geblieben. Lediglich jede/r Fünfte ortet eine Verschärfung der Lage in den letzten Monaten.

ABB. 6: ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION IN DEN LETZTEN MONATEN (DEZEMBER 2016)



Dabei unterscheiden sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in ihrer Einschätzung. Höhere Bildungsschichten und über 50-Jährige sind überdurchschnittlich der Meinung, die Lage habe sich entspannt.

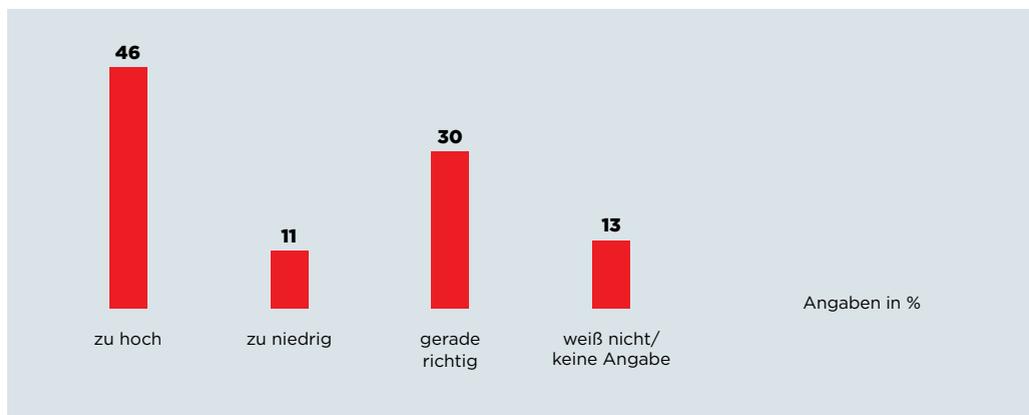
Eine Verschärfung orten am ehesten mittlere Altersgruppen: 30- bis 49-Jährige sind immerhin zu 25% der Meinung, die Lage habe sich verschärft. Zwischen Männern und Frauen gibt es bei dieser Frage keine nennenswerten Unterschiede.

Bewertung der Obergrenze für Flüchtlinge

Auf die Frage, ob die im Rahmen der Obergrenze definierte Anzahl von 37.500 Flüchtlingen zu hoch, zu niedrig oder gerade

richtig sei, antworten 46% mit „zu hoch“. 30% finden die im Rahmen der Obergrenze festgelegte Anzahl gerade richtig. 11% sind schließlich der Meinung, Österreich solle mehr als 37.500 Menschen aufnehmen.

ABB. 7: BEWERTUNG DER OBERGRENZE FÜR FLÜCHTLINGE (DEZEMBER 2016)

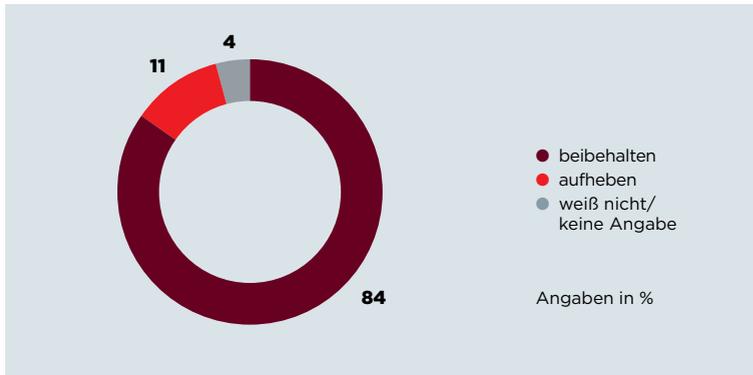


Zukunft der Grenzkontrollen

Eine breite Mehrheit von 84% spricht sich dafür aus, dass die derzeit an Österreichs Grenzen durchgeführten Grenzkontrollen in den nächsten sechs Monaten beibehalten werden sollen. Noch stärker geben diese

Antwort Frauen, niedrige Bildungsschichten, über 50-Jährige, Menschen in ländlichen Gebieten und Menschen in Ostösterreich. Für eine Aufhebung der Grenzkontrollen treten überdurchschnittlich Männer (14%), höher Gebildete (20%) sowie unter 50-Jährige (15%) ein.

ABB. 8: GEWÜNSCHTE WEITERE VORGEHENSWEISE BEZÜGLICH DER GRENZKONTROLLEN AN ÖSTERREICHS GRENZEN (DEZEMBER 2016)

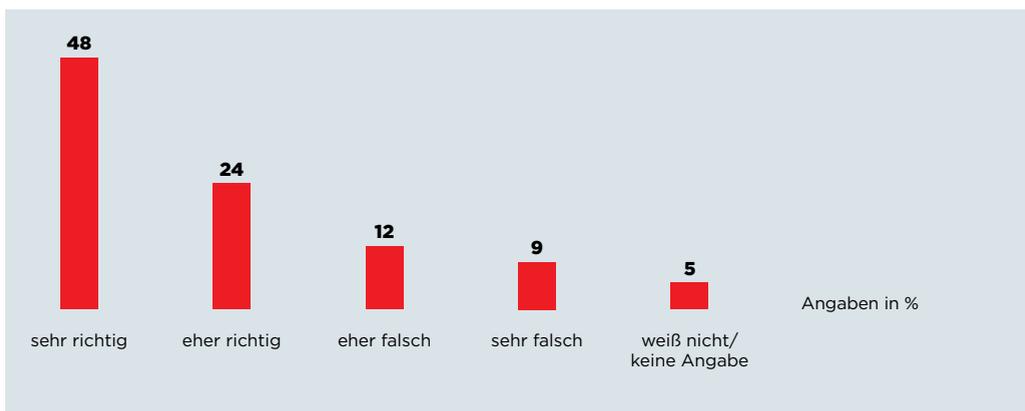


Bewertung der Kürzung der Mindestsicherung in Oberösterreich

Oberösterreich hat die Mindestsicherung für Asyl- und Schutzberechtigte von 914 auf

560 Euro pro Monat gekürzt. Diese Kürzung finden 72% der Österreicher/innen richtig, 48% sogar sehr richtig.

ABB. 9: BEWERTUNG DER KÜRZUNG DER MINDESTSICHERUNG IN OBERÖSTERREICH (DEZEMBER 2016)



Zustimmung zu Vorschlägen und Aussagen im Bereich Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration

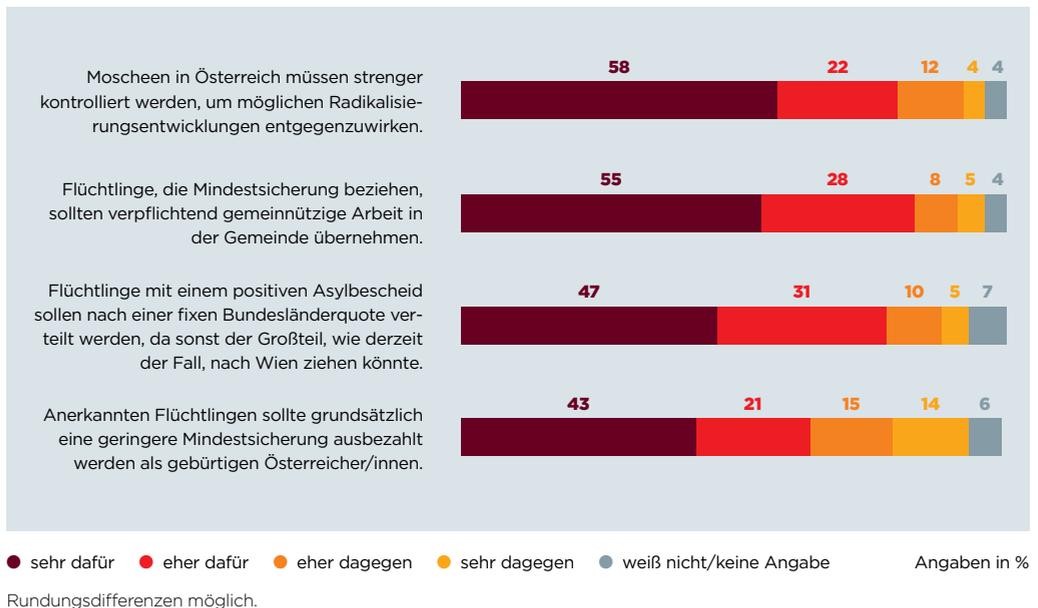
In jeder Befragungswelle wird eine Reihe von Vorschlägen zum Thema Flüchtlinge, Zuwanderung und Integration abgetestet. Im Dezember 2016 sprechen sich ganze 80% der Bevölkerung für eine strengere Kontrolle von Moscheen in Österreich aus.

Auch für die Vorschläge im Bereich Mindestsicherung gibt es mehrheitlich Zustimmung, am stärksten in Hinblick auf die Übernahme

verpflichtender gemeinnütziger Arbeit durch Flüchtlinge, die Mindestsicherung beziehen. Die Residenzpflicht wird von einer Mehrheit von 78% unterstützt, vorrangig von der Wiener Bevölkerung und von älteren Menschen.

Die Idee, Flüchtlingen eine geringere Mindestsicherung auszubezahlen als Österreicher/innen, wird von 64% unterstützt. Stärker dafür sind niedrig Gebildete und ältere Menschen, überdurchschnittlich kritisch stehen dem Vorstoß höher Gebildete und unter 30-Jährige gegenüber.

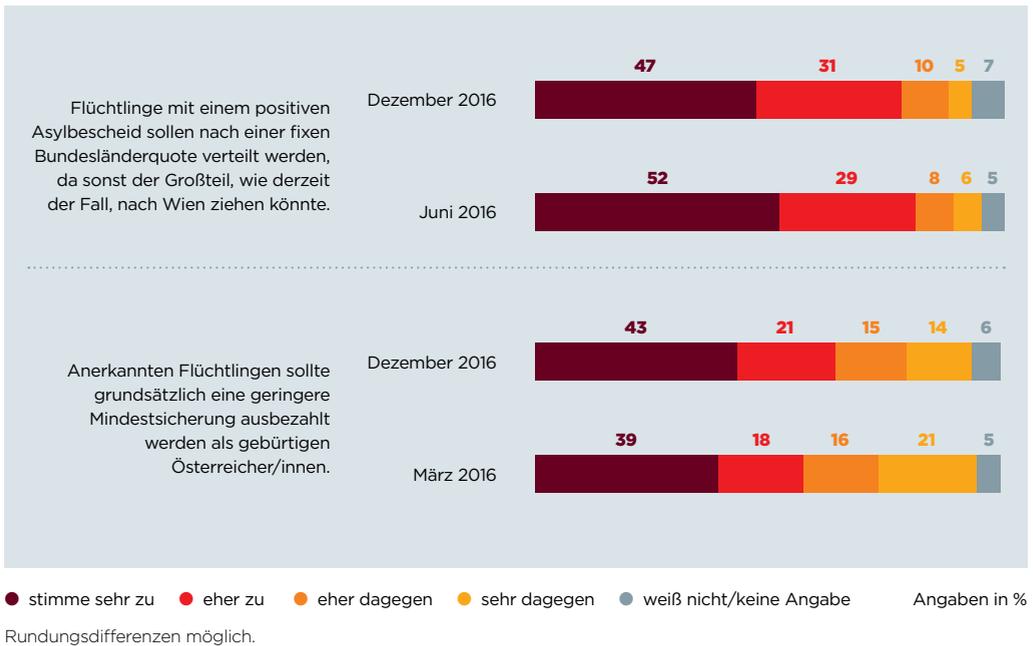
ABB. 10: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION (DEZEMBER 2016)



Zwei der Vorschläge zum Thema Mindestsicherung wurden schon in vorhergegangenen Befragungswellen beleuchtet, die

folgende Grafik zeigt den Vergleich der Befragungswellen.

ABB. 11: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN IM BEREICH MINDESTSICHERUNG IM ZEITVERLAUF



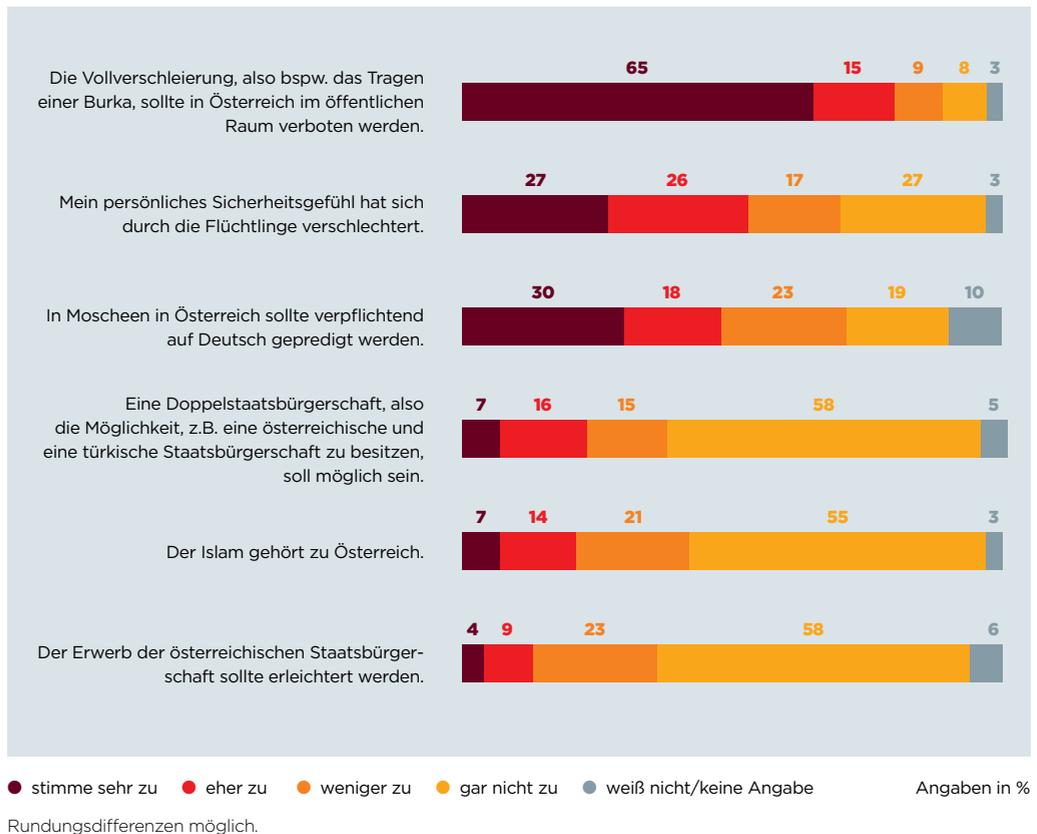
Relativ wenig Veränderung gab es bei der Residenzpflicht, die im Juni 2016 zuletzt abgefragt wurde. Hier ist die Zustimmung marginal gesunken, was unter Umständen daran liegen könnte, dass das Thema in der Zwischenzeit medial wieder etwas mehr in den Hintergrund getreten ist.

Die Idee, anerkannten Flüchtlingen eine geringere Mindestsicherung ausbezahlen als Österreicher/innen, fand im Dezember etwas mehr Zustimmung als im März 2016. Ein Hintergrund dessen könnte sein, dass das Thema Mindestsicherung und die Diskussion über deren Kürzung schon seit Längerem im medialen Fokus stehen.

Abschließend wurden den Befragten noch eine Reihe von Aussagen im Bereich Flüchtlinge und Integration vorgelesen. Die größte

Zustimmung fanden die Aussagen zu einem Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum.

ABB. 12: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION (DEZEMBER 2016)

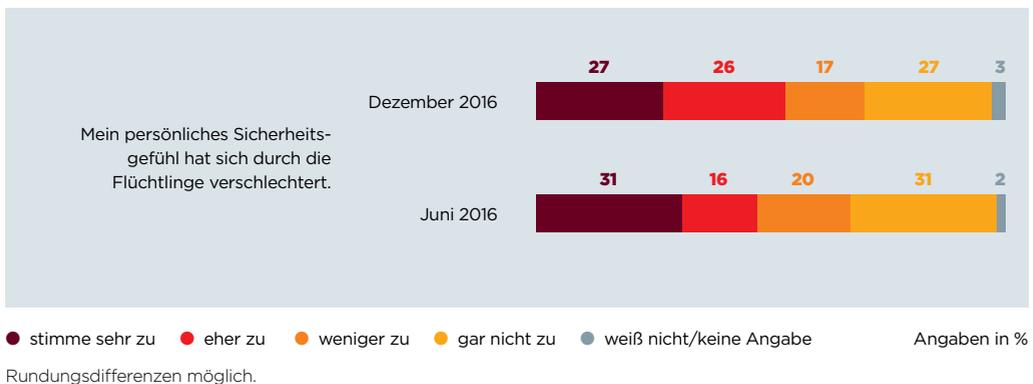


3 Ergebnisse im Detail

Das persönliche Sicherheitsgefühl hat sich durch die Flüchtlinge für 53% der Österreicher/innen verschlechtert. Vor allem Frauen, niedrigere Bildungsgruppen und Menschen im städtischen Raum fühlen sich nun weniger

sicher. Wie der Zeitvergleich in der folgenden Grafik zeigt, stimmten im Dezember etwas mehr Befragte der Aussage zu, dass sich ihr persönliches Sicherheitsgefühl durch die Flüchtlinge verschlechtert habe.

ABB. 13: ENTWICKLUNG DES PERSÖNLICHEN SICHERHEITSGEFÜHLS IM ZEITVERLAUF



Etwas unschlüssig ist man beim Thema, ob in Moscheen in Österreich verpflichtend auf Deutsch gepredigt werden sollte. 48% sprechen sich eher dafür, 42% eher dagegen aus.

Sehr kritisch steht man einer Erleichterung des Erwerbs der österreichischen Staatsbür-

gerschaft gegenüber. Nur 13% der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, darunter stärker höher Gebildete und unter 30-Jährige. Auch die Möglichkeit, eine Doppelstaatsbürgerschaft zu besitzen, stößt auf wenig Resonanz, nur 23% sprechen sich für diese Möglichkeit aus.

Breite Ablehnung erntet schließlich auch die Aussage, der Islam gehöre zu Österreich. Unter den 21%, die der Aussage eher zustimmen, finden sich überdurchschnittlich Männer, höhere Bildungsschichten, unter 30-Jährige und Menschen in Wien.

Vorschläge und Aussagen zum Thema Zuwanderung und Integration waren auch Teil der Befragung im Juni 2016. Alle abgefragten Vorschläge im Bereich Flüchtlinge und Integration fanden mehrheitlich Zustimmung, bis auf jenen zu einem Verbot des Tragens von Kopftüchern in öffentlichen Gebäuden. Ein solches Verbot wurde von einer knappen Mehrheit abgelehnt, etwas stärker dafür waren Menschen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen kritisch sehen, sowie niedrige Bildungsschichten. Deutlich kritischer stand man hingegen der Vollverschleierung gegenüber. Wie auch im Dezember sollte diese laut Meinung von 80% der Befragten in öffentlichen Gebäuden untersagt werden. Noch stärker als der Durchschnitt der Befragten wünschten sich das wiederum Menschen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen negativ sehen, niedrig Gebildete sowie über 50-Jährige.

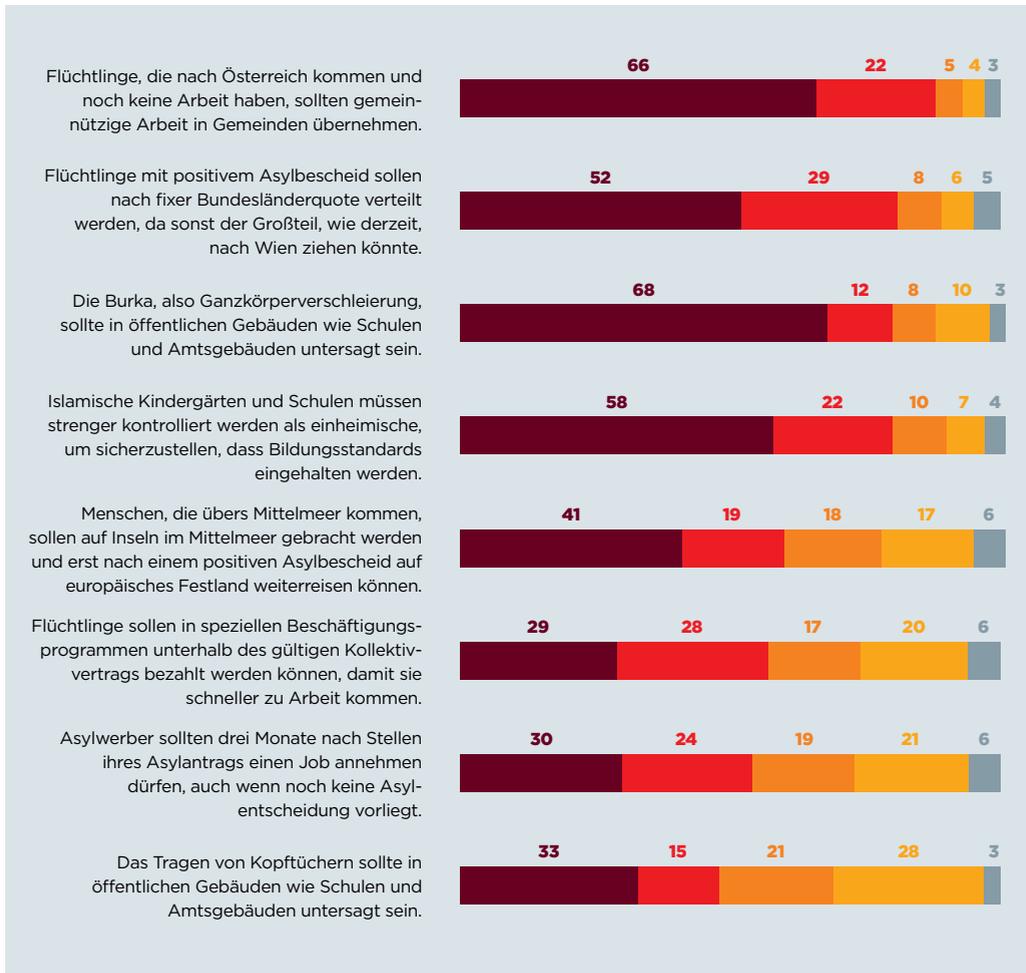
Beim Thema Flüchtlinge stand man vor allem dem Vorschlag, dass Flüchtlinge, die noch keine Arbeit haben, gemeinnützige Arbeit in der Gemeinde übernehmen sollten, positiv gegenüber. Auch eine Residenzpflicht wurde von 81% der Befragten befürwortet. Eine Mehrheit sprach sich zudem dafür aus, dass Flüchtlinge in speziellen Beschäftigungsprogrammen auch unterhalb des Kollektivvertrags bezahlt werden können, damit sie schneller Arbeit finden, und dass sie drei Monate nach Stellen ihres Asylantrags einen Job annehmen dürfen.

Der Vorschlag, dass Menschen sicher auf Inseln im Mittelmeer untergebracht werden und nur mit einem positiven Asylbescheid weiterreisen dürfen, um damit illegale Migrationsrouten zu schließen und Menschen vor dem Ertrinken zu retten, wurde ebenfalls von einer Mehrheit der Bevölkerung positiv bewertet. Positiver als der Durchschnitt der Befragten reagierten auf diesen Vorschlag Menschen ohne Migrationshintergrund, Menschen, die das Zusammenleben mit Migrant/innen negativ bewerteten, niedrigere Bildungsgruppen sowie Menschen im ländlichen Raum.

Ein Thema der vorangegangenen Monate waren auch islamische Kindergärten. Eine Mehrheit von 70% der Bevölkerung war dafür, dass islamische Kindergärten und Schulen strenger kontrolliert werden sollen.

3 Ergebnisse im Detail

ABB. 14: ZUSTIMMUNG ZU VORSCHLÄGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION (JUNI 2016)



● sehr dafür
 ● eher dafür
 ● eher dagegen
 ● sehr dagegen
 ● weiß nicht/keine Angabe
 Angaben in %
 Rundungsdifferenzen möglich.

Unter den im Anschluss vorgelesenen Aussagen zum Thema Flüchtlinge und Integration fand jene, dass die Ganzkörperverschleierung in öffentlichen Gebäuden als störend empfunden wird, die stärkste Zustimmung. Größer war die Zustimmung dabei unter Menschen ohne Migrationshintergrund, Menschen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen negativ bewerten, niedrigeren Bildungsgruppen und älteren Menschen. Keinen Unterschied gab es interessanterweise zwischen Männern und Frauen. Das Kopftuch wurde auch in dieser Fragestellung deutlich weniger als Thema wahrgenommen, nur eine Minderheit empfand dieses in öffentlichen Gebäuden als störend.

73% der Bevölkerung waren der Ansicht, Österreich sei bei der Aufnahme von Flüchtlingen bereits an der Belastungsgrenze angekommen. 54% stimmten dieser Aussage „sehr zu“, darunter stärker Nicht-Migrant/

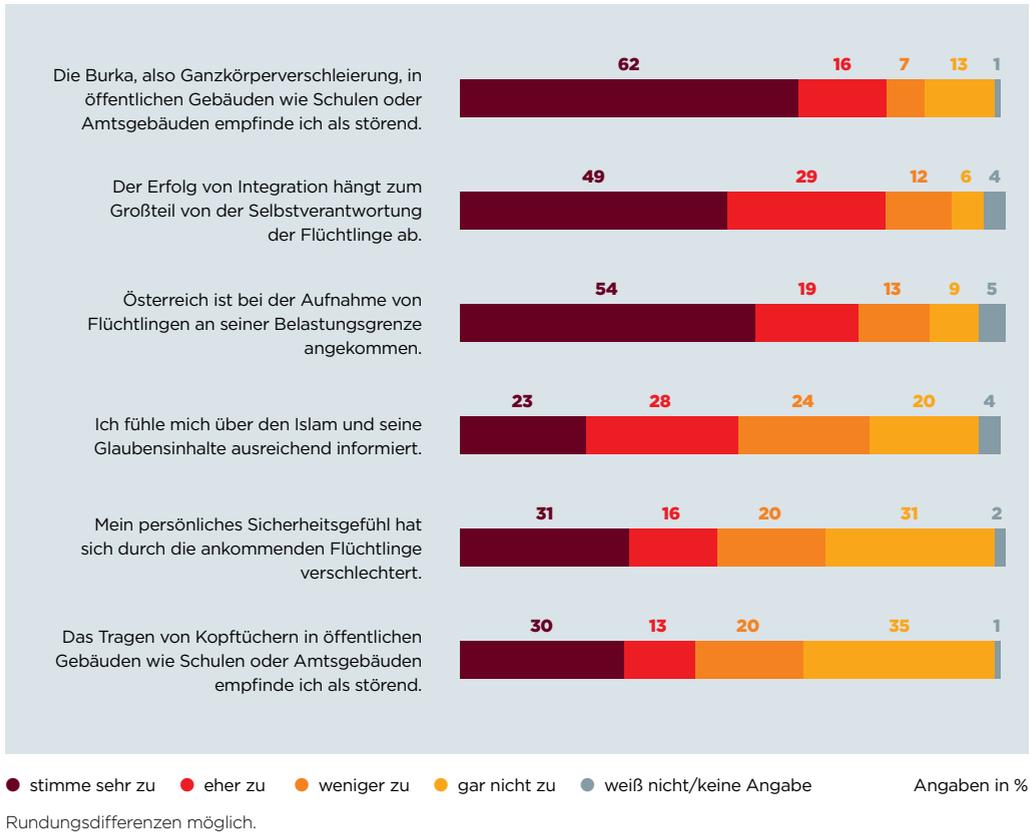
innen, Menschen, die das Zusammenleben negativ bewerten, niedrig Gebildete sowie tendenziell Menschen am Land. Eine Mehrheit war zudem der Meinung, der Erfolg von Integration hänge zum Großteil von der Selbstverantwortung der Flüchtlinge ab.

Das persönliche Sicherheitsgefühl hat sich durch die ankommenden Flüchtlinge bei 31% der Befragten sehr und bei weiteren 16% eher verschlechtert. Interessant war auch hier, dass sich aus der Befragung kein Unterschied zwischen Männern und Frauen ergab. Menschen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen negativ wahrnehmen, weniger Gebildete sowie junge und mittlere Altersgruppen fühlten sich jedoch unsicherer als der Durchschnitt.

Über den Islam und seine Glaubensinhalte fühlte sich schließlich etwa jede/r Zweite zu wenig bis gar nicht ausreichend informiert.

3 Ergebnisse im Detail

ABB. 15: ZUSTIMMUNG ZU AUSSAGEN IM BEREICH FLÜCHTLINGE UND INTEGRATION (JUNI 2016)



Mittleinsatz für Integrationsmaßnahmen

Interessante Ergebnisse brachte im Juni 2016 die Frage, ob Österreich mehr Geld als bisher für Integrationsmaßnahmen bereitstellen sollte. Eine Mehrheit der Bevölkerung war dagegen, obwohl Integration ja oft als Schlüssel zu einem guten Zusammenleben bezeichnet wird. Interessant war überdies, dass nicht Menschen, die große Probleme

im Zusammenleben orten, mehr Geld für Integrationsmaßnahmen forderten, sondern im Gegenteil jene Menschen, die das Zusammenleben als gut bewerteten und dem Thema konstruktiv gegenüberstanden. Hintergrund dessen könnte sein, dass Menschen, die das Zusammenleben negativ empfinden, generell dagegen sind, Menschen aufzunehmen und Geld in deren Integration zu investieren.

ABB. 16: MEHR GELD FÜR INTEGRATIONSMASSNAHMEN (JUNI 2016)



So zeigte sich, dass vor allem Menschen ohne Matura (30% „eher nein“, 40% „nein, ganz sicher nicht“) und Menschen, die das Zusammenleben zwischen Österreicher/innen und Zuwander/innen negativ bewerten (25% „eher nein“, 49% „nein, ganz sicher nicht“), sich klar gegen mehr Geld für Integration aussprachen. Stärker dafür waren hingegen Menschen, die das Zusammenleben positiv

bewerten, höher Gebildete sowie Menschen im städtischen Raum bzw. in Wien.

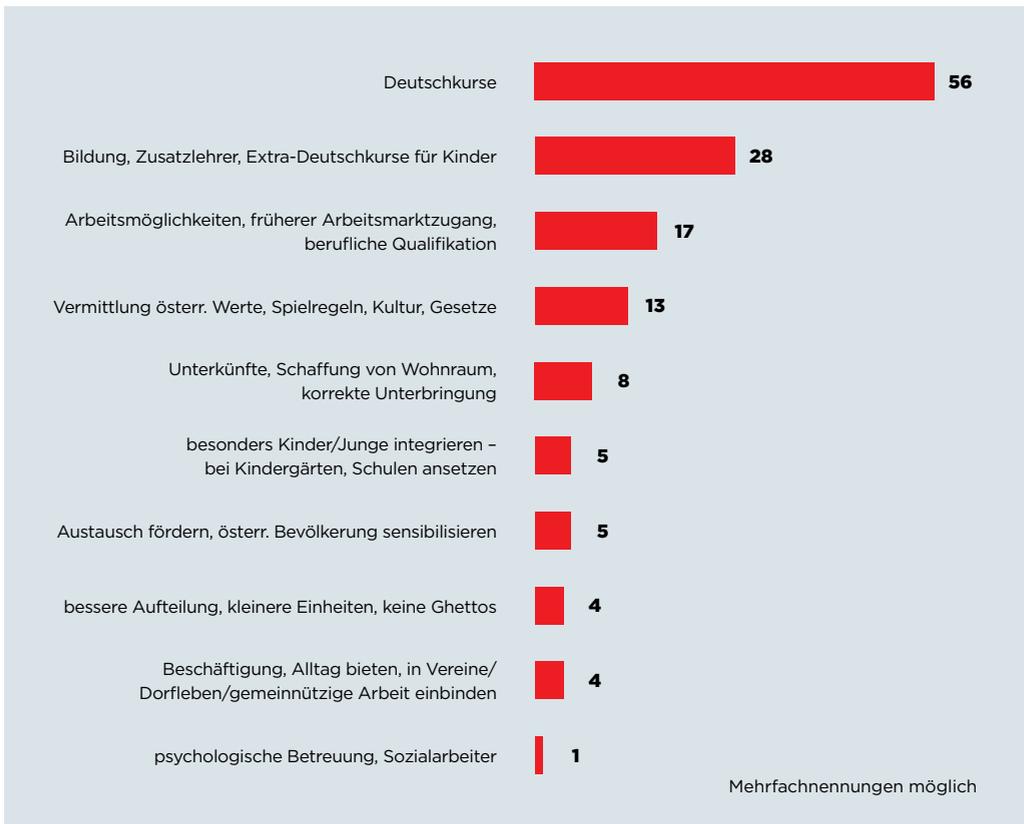
Jene Personen, die sich für mehr Geld für Integrationsmaßnahmen aussprachen, wurden in weiterer Folge gefragt, in welchen Bereichen sie dieses Geld investiert sehen wollen. Die Frage wurde offen gestellt.

3 Ergebnisse im Detail

Dabei kristallisierten sich vor allem vier Bereiche heraus: Deutschkurse, Investitionen in die Bildung (sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen), Investitionen in den Arbeitsmarkt, Qualifizierungsmaßnahmen sowie ein früherer Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge und schließlich die Vermittlung österreichischer Werte, Spielregeln, Kultur und Gesetze. Daneben spielte noch das Thema

Unterbringung eine Rolle, hier sprach man sich für kleine Unterbringungseinheiten aus. Und auch der Austausch mit der einheimischen Bevölkerung wurde ins Spiel gebracht, beispielsweise über gemeinsame Aktivitäten, die Einbindung der Flüchtlinge in Vereine, ins „Dorfleben“ oder auch in gemeinnützige Arbeit, die den Flüchtlingen auch eine Art Beschäftigung und Alltag bieten könnte.

ABB. 17: BEREICHE, IN DENEN MEHR GELD FÜR INTEGRATION INVESTIERT WERDEN SOLL (JUNI 2016)

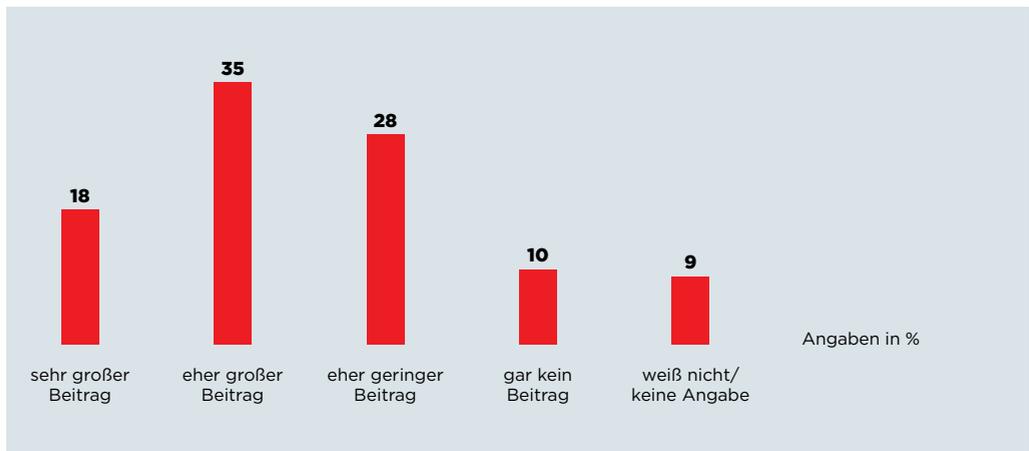


Rundungsdifferenzen möglich.

Die Werte- und Orientierungskurse, die Flüchtlinge in Österreich bekommen, leisten aus Sicht einer Mehrheit der Befragten einen sehr großen oder zumindest eher großen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen.

Besonders positiv bewerteten die Kurse Menschen, die das Zusammenleben mit Zuwander/innen positiv sehen, sowie über 50-Jährige.

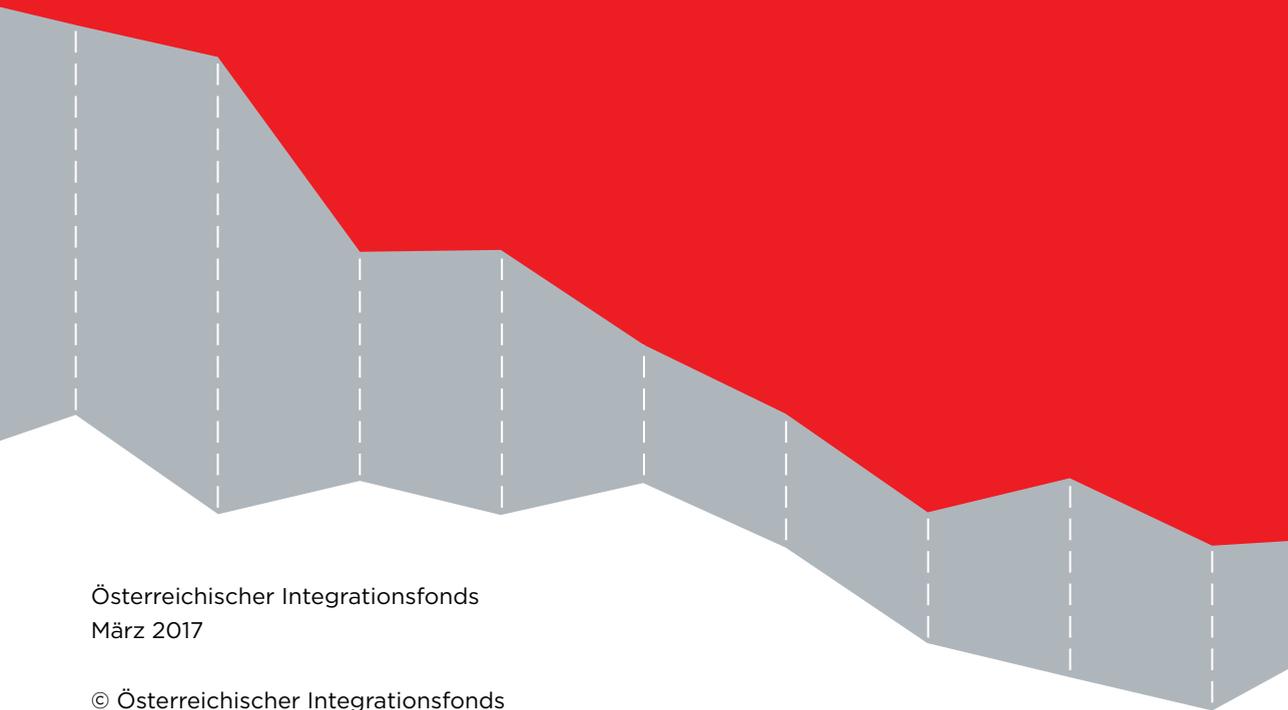
ABB. 18: BEITRAG DER WERTE- UND ORIENTIERUNGSKURSE ZUR INTEGRATION (JUNI 2016)



Das Integrationsbarometer ist eine Befragung, die vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) in Zusammenarbeit mit Peter Hajek Public Opinion Strategies erstellt wird. Erstmals im November 2015 durchgeführt, werden seitdem regelmäßig 1.000 österreichische Staatsbürger/innen durch Telefoninterviews sowie eine Online-Befragung zum Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt.

Ziel des ÖIF-Integrationsbarometers ist es, regelmäßig Einstellungen und Stimmungsströmungen zum Thema Integration zu erheben und damit Zahlen und Fakten für die Integrationsarbeit zu liefern.

Alle bisherigen Ausgaben des Integrationsbarometers finden Sie auf der Homepage des Österreichischen Integrationsfonds unter **www.integrationsfonds.at**



Österreichischer Integrationsfonds
März 2017

© Österreichischer Integrationsfonds